

Kleine Anfrage Nik Eugster (FDP)/Janina Aeberhard (GLP)/Béatrice Wertli (Mitte)/Janosch Weyermann (SVP): Politik im Hinterzimmer – Sind rot-grüne Arbeitsgruppen bei der Stadt Bern wirklich Standard?

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wer beschloss, die «RGM AG Kita» ins Leben zu rufen, seit wann existiert sie und wie oft hat sie sich bisher getroffen? Sind weitere Treffen geplant?
2. Wurden diese Sitzungen protokolliert und wenn ja durch wen?
3. Wusste der Gesamtgemeinderat von dieser Arbeitsgruppe und dass dieser ein Zwischenbericht zum Projekt «Prüfung Trägerschaftsmodelle Kitas Stadt» präsentiert wurde, während die für das Thema zuständige Sachkommission nichts von besagtem Projekt wusste?
4. Gibt es aktuell weitere solche RGM-Arbeitsgruppen, die durch den Gemeinderat exklusiv informiert werden und wenn ja welche?
5. Wie schätzt der Gemeinderat das Vorgehen der Direktion BSS mit Blick auf die grundlegenden demokratischen Spielregeln ein?

Begründung

Am 23. Januar 2024 traf sich die „RGM AG Kitas“ auf Einladung des Generalsekretariats der für Kita Stadt Bern (KSB) zuständigen Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS). Die Vorsteherin der Direktion BSS, Franziska Teuscher, informierte im Sitzungszimmer 407 eine handverlesene Gruppe aus rot-grünen Parlamentarierinnen und Gewerkschafterinnen über einen Zwischenbericht „Prüfung Trägerschaftsmodelle Kitas Stadt Bern“ sowie über eine Teilrevision des Reglements über die familienergänzende Betreuung von Kindern (Betreuungsreglement; FEBR). Die exklusive Runde und das abschliessende Traktandum „nächster Sitzungstermin“ deuten hin, dass dies nicht ein einmaliger Austausch war. Die Öffentlichkeit und alle Parteien, die nicht Teil dieser exklusiven Arbeitsgruppe sind, wurden erst am 28. Juni 2024 teilweise informiert. Der Gemeinderat verschickte eine Medienmitteilung mit dem Titel „Gemeinderat beschliesst Anpassungen bei Kitas Stadt Bern“. Zwar wird in dieser Medienmitteilung in Aussicht gestellt, dass zur angedachten Revision des Betreuungsreglements eine öffentliche Vernehmlassung durchgeführt werde. Nur verkommt eine solche Vernehmlassung zur reinen Alibiübung, wenn sich die rot-grünen Parteien im stillen Kämmerlein bereits Monate im Voraus auf eine der möglichen Varianten verständigt haben. Solche einseitig zusammengesetzten Arbeitsgruppen, welche die stadträtlichen Sachkommissionen umgehen, sind höchst bedenklich und einer Demokratie unwürdig, dass gewählte Stadtratsmitglieder noch nicht einmal unter Verweis auf das Öffentlichkeitsprinzip Einsicht in diesen Zwischenbericht erhalten haben, über den andere Monate im Voraus informiert wurden. Die Direktion BSS liess zudem einfache Fragen zu dieser Arbeitsgruppe, welche aus ihrer Sicht „Standard“ sind, unbeantwortet.

Bern, 13. September 2024

Erstunterzeichnende: Nik Eugster, Janina Aeberhard, Béatrice Wertli, Janosch Weyermann

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Bei der Arbeitsgruppe handelt es sich um einen losen Zusammenschluss von RGM-Vertreter*innen, welche sich mit der Vorsteherin der Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) und Fachpersonen der Verwaltung drei Mal innerhalb eines Jahrs getroffen haben. Ein weiteres Treffen ist aktuell nicht geplant.

Zu Frage 2:

Nein, die Treffen wurden nicht protokolliert.

Zu Frage 3:

Treffen zwischen Exekutivmitgliedern, Parlamentarier*innen und Verwaltung sind – auch in andern Politikfeldern und bei allen Parteien – üblich, legitim und sinnvoll. Dass sich Exekutivmitglieder mit den Parlamentsmitgliedern ihrer Listen austauschen, ist selbstverständlich und allgemein bekannt resp. wird erwartet. Ebenso selbstverständlich ist es, dass sie sich dabei an das Amtsgeheimnis halten. Gegenüber den anderen Gemeinderatsmitgliedern besteht keine Informationspflicht und die Rechte der vorberatenden Sachkommission werden dadurch nicht tangiert. Der Gemeinderat plante von Anfang an den Einbezug aller Parteien und breiter, interessierter Kreise (inkl. Veröffentlichung des Expertenberichts) im Rahmen der geplanten Vernehmlassung über die Teilrevision des Reglements über die familienergänzende Betreuung von Kindern. Zudem wurde an den erwähnten Treffen kein Zwischenbericht vorgelegt oder ausgehändigt, sondern es wurde im Rahmen einer Präsentation über die Prüfung der Trägerschaftsmodelle informiert.

Zu Frage 4:

Aktuell gibt es keine solchen Arbeitsgruppen.

Zu Frage 5:

Wie dargelegt, ist es in der Politik (nicht nur auf Stadtebene und nicht nur im Bereich der Kita-Politik) üblich und zielführend, wenn sich gewählte Exekutivmitglieder und Parlamentarier*innen zu politischen Fragen informell austauschen. Ziel dieser Gespräche ist es, dass Exekutivmitglieder mehrheitsfähige Lösungen erarbeiten können, im Bewusstsein, dass der finale Entscheid durch die Legislative getroffen wird. Die demokratischen Spielregeln werden durch solche Vorgehen nicht verletzt.

Bern, 16. Oktober 2024

Der Gemeinderat